Bezirksverordnetenversammlung
Steglitz-Zehlendorf von Berlin

N i e d e r s c h r i f t
32. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr

Sitzungstermin:	Mittwoch, 22.06.2005
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:05 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus Zehlendorf, BVV-Saal

Anwesend:

Herr Eichstädt, Klaus	CDU
Herr Hippe, Torsten	CDU
Herr Mückisch, Frank	CDU
Herr Platzeck, Werner	CDU
Herr Lepeniotis, Christos	SPD
Herr Reinhard, Klaus	SPD
Herr Ronnisch, Detlev	SPD
Herr Weihe, Klaus-Dieter	SPD
Herr Kühnast, Frank	FDP
Frau Sunkel, Dagmar	FDP
Herr Hampel, Ulf	GRÜNE
Frau Wagner, Sieglinde	fraktionslos
Herr Holz, Mathias Oliver	CDU (BD)
Herr Pick, Rafael	CDU (BD)
Herr Volkmann, Dietrich	SPD (BD)
Herr Jahnke, Henry	CDU (St. BD)
Herr Klimas, Mirko	SPD (Stellv. BD)
Herr Boye, Matthias	GRÜNE (St. BD)

Vom Amt:

BzStR Stäglin
Bau L / Tief 1 Herr Müller-Ettler
Ord L Herr Hartmann
BVV 1 Dr. Konrad, Protokoll

Tagesordnung:

TOP 1	Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde
TOP 2	Genehmigung des Protokolls
TOP 3	Anträge
TOP 3.1	Ausfahrt auf dem Reicheltparkplatz/Ecke Martin-Buber-Straße

Drucksache: 1517/II - SPD-Fraktion

TOP 3.2 Zuständigkeitsbereich der Bezirke in Verkehrsfragen erweitern
Drucksache: 1537/II - GRÜNE-Fraktion

TOP 3.3 Geplantes Straßenausbaubeitragsgesetz verhindern
Drucksache: 1569/II (neu) – Fraktionen CDU und FDP

TOP 3.4 Tempo 30 in der Curtiusstraße
Drucksache: 1571/II - CDU-Fraktion

TOP 3.5 Tempo 30 in der Curtiusstraße
Drucksache: 1586/II - SPD-Fraktion

TOP 3.6 Graffitibekämpfungsgesetz
Drucksache: 1597/II (neu) – Fraktionen FDP und CDU

TOP 3.7 Buslinienführung von Lankwitz zum Rathaus Steglitz
Drucksache: 1610/II - SPD-Fraktion

TOP 3.8 Gefährliche Kurve Blankertzweg/Hildburghauser Straße entschärfen
Drucksache: 1611/II - GRÜNE-Fraktion

TOP 3.9 Markierungen in der Tempo-30-Zone an der Mühlenstraße
Drucksache: 1612/II - SPD-Fraktion

TOP 3.10 Tarifzonenwechsel anzeigen
Drucksache: 1616/II - SPD-Fraktion

TOP 3.11 Wiedereinführung einer Teilbuslinienstrecke des ehemaligen 111er
Drucksache: 1618/II - SPD-Fraktion

TOP 3.12 Bekämpfung des Drogenhandels am S-Bahnhof Schlachtensee
Drucksache: 1622/II (neu) – Fraktionen CDU und SPD

TOP 3.13 Einsatz der Außendienstmitarbeiter des Ordnungsamts
Drucksache: 1627/II - CDU-Fraktion

TOP 4 Bericht aus dem Bezirksamt

TOP 5 Verschiedenes

Protokoll:

Vor Eintritt in die Tagesordnung verteilt der Ausschussvorsitzende Kopien eines an ihn gerichteten Schreibens vom Direktor des Zentralbereichs Marketing der BVG, Herrn Dr. Tom Reinhold, vom 16.06.2005, in dem dieser über den für Mai 2006 geplanten Fahrplanwechsel der BVG informiert. BVVorsteher Eichstädt erklärt, er werde Dr. Reinhold um Kopien der farbigen Anlagen zu diesem Brief bitten.

Die SPD-Fraktion bittet, das Sitzungsende auf 18.00 Uhr festzulegen.

zu 1 Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde

Es sind keine Bürger erschienen.

zu 2 Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der 31. Sitzung vom 11.05.2005 wird genehmigt.

zu 3 Anträge

zu 3.1 Ausfahrt auf dem Reicheltparkplatz/Ecke Martin-Buber-Straße
Drucksache: 1517/II - SPD-Fraktion

Der Antrag wird auf Bitten der SPD-Fraktion zurückgestellt.

zu 3.2 Zuständigkeitsbereich der Bezirke in Verkehrsfragen erweitern
Drucksache: 1537/II - GRÜNE-Fraktion

Der Antrag wird auf Bitten der FDP-Fraktion vertagt.

zu 3.3 Geplantes Straßenausbaubeitragsgesetz verhindern
Drucksache: 1569/II (neu) – Fraktionen CDU und FDP

BzStR Stäglin erklärt, die Gründung eines „Gemeinsamen Bau- und Unterhaltungsdienstes der Bezirke“ (GBauD), wie er in dem vom Senat beauftragten Gutachten zum Projekt „Umfassende Neuordnung der planenden und bauenden Aufgabenbereiche der Bezirke“ vorgeschlagen wird, würde zu zahlreichen Problemen führen. Dieser Dienst könnte die nach dem Straßenausbaubeitragsgesetz vorgeschriebene umfassende Beteiligung der Bürger an der Planung und Durchführung von Straßenbaumaßnahmen keinesfalls leisten.

Bei einer Abstimmung über den Antrag in der in der 31. Sitzung vom 11.05.2005 geänderten Fassung wird dieser mit 7 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung abgelehnt.

zu 3.4 Tempo 30 in der Curtiusstraße
Drucksache: 1571/II - CDU-Fraktion

Der Antrag wird wie folgt geändert:

„Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich dafür einzusetzen, dass in der Curtiusstraße eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h eingeführt wird.“

Die SPD-Fraktion schließt sich dem Antrag in der geänderten Fassung an.

Die fraktionslose Bezirksverordnete Frau Wagner erklärt, dass durch diesen Antrag eine Reihe alter Forderungen von ihr wieder aufgenommen würden, die sie in einem eigenen Antrag gestellt hatte, der von der BVV abgelehnt wurde. BzStR Stäglin verweist auf den vorgegebenen Geschäftsgang bei der Erledigung des Antrags, so dass dieser nicht sofort werde umgesetzt werden können.

Die Fraktion der FDP erklärt, sie werde nicht für den Antrag stimmen, da die Curtiusstraße eine gewisse Durchgangsverkehrsfunktion besitzt.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag in der geänderten Fassung mit 12 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 3.5 Tempo 30 in der Curtiusstraße
Drucksache: 1586/II - SPD-Fraktion

Da sich die SPD-Fraktion dem Antrag Drs. Nr. 1571/II in der geänderten Fassung angeschlossen hat *(vgl. TOP 3.4)*, zieht sie ihren eigenen Antrag zur Curtiusstraße Drs. Nr. 1586/II zurück.

zu 3.6 Graffitibekämpfungsgesetz
Drucksache: 1597/II (neu) – Fraktionen FDP und CDU

BzStR Stäglin verweist auf die aktuelle Gesetzsänderung zu diesem Problembereich.

Die Fraktionen von CDU und FDP ziehen ihren Antrag zurück.

zu 3.7 Buslinienführung von Lankwitz zum Rathaus Steglitz
Drucksache: 1610/II - SPD-Fraktion

Der Ausschussvorsitzende verweist auf die Einigung der Fraktionen, alle Anträge zu Fahrplanänderungen bei der BVG gemeinsam in einer Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr in einer „BVG-Runde“ im Herbst dieses Jahres zu behandeln.

Der Antrag wird zurückgestellt.

zu 3.8 Gefährliche Kurve Blankertzweg/Hildburghauser Straße entschärfen
Drucksache: 1611/II - GRÜNE-Fraktion

Die Fraktion GRÜNE erläutert, sie habe den Antrag aufgrund der Klage eines Bürgers gestellt, dass Autos bereits wieder in der genannten Kurve beschleunigen würden, so dass Fußgänger, die dahinter die Straße überqueren, gefährdet sind. Daher sei ein Schild mit Tempo 30 bis hinter der Kurve anzubringen.

BzStR Stäglin erklärt, bei einem entsprechenden Beschluss müsste dieser von der VLB geprüft werden. Das Amt sehe allerdings keinen Handlungsbedarf, zumal der Straßenzug 2006 ohnehin im Rahmen einer Investitionsmaßnahme grunderneuert wird, wobei die Kurve entschärft werden soll.
Die Fraktion GRÜNE zieht ihren Antrag zurück.

zu 3.9 Markierungen in der Tempo-30-Zone an der Mühlenstraße
Drucksache: 1612/II - SPD-Fraktion

Der Antrag wird zurückgestellt.

zu 3.10 Tarifzonenwechsel anzeigen
Drucksache: 1616/II - SPD-Fraktion

Der Antrag wird wie folgt geändert: Die Passage „bei der S-Bahn-GmbH“ wird ersetzt durch „beim VBB“, und die sich auf die Tarifzonen beziehende Passage „von B nach C“ wird gestrichen.

BzStR Stäglin erklärt, es gebe keine Erkenntnisse über die Kosten, die bei einer Umsetzung des Beschlusses anfallen würden. Die SPD-Fraktion weist darauf hin, dass die Umsetzung nicht mehr als eine Software- und Programmierangelegenheit sei.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag in der geänderten Fassung mit 12 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen angenommen.

zu 3.11 Wiedereinführung einer Teilbuslinienstrecke des ehemaligen 111er
Drucksache: 1618/II - SPD-Fraktion

Wie TOP 3.7.

zu 3.12 Bekämpfung des Drogenhandels am S-Bahnhof Schlachtensee
Drucksache: 1622/II (neu) – Fraktionen CDU und SPD

Der Ausschuss erörtert, ob er überhaupt für den Antrag zuständig sei. BzStR Stäglin erklärt, seine Abteilung könne höchstens unterstützend durch Präsenz des Allgemeinen Ordnungsdienstes tätig werden. Für den im Antrag genannten Drogenhandel selbst sei nicht das Ordnungsamt, sondern die Polizei zuständig. Daher sollte auch die Umsetzung des Antrags nicht durch seine Abteilung, sondern eine Abteilung erfolgen, die ohnehin mit Drogenproblemen befasst sei, z.B. die Abt. Gesundheit. Das Ordnungsamt könne hier nur zuarbeiten. Der Ausschussvorsitzende weist auf die saisonal bedingte Dringlichkeit des Antrags hin und bittet das Amt, sich bezüglich des im Antrag genannten Problems mit der Polizei ins Benehmen zu setzen. BzStR Stäglin erklärt, er werde das Bezirksamt in seiner nächsten Sitzung bitten, die Zuständigkeit für den Antrag festzulegen. Falls der Antrag in der heutigen Sitzung angenommen wird, werde das Amt die Beschlussempfehlung entsprechend der Einigung im Ältestenrat wie einen bereits gefassten Beschluss behandeln.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 14 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 3.13 Einsatz der Außendienstmitarbeiter des Ordnungsamts
Drucksache: 1627/II - CDU-Fraktion

Die CDU-Fraktion erklärt, das Ordnungsamt sollte an Problempunkten des Bezirks

verstärkt vor Ort sein, derzeit z.B. an der Krummen Lanke, wo nach Bierkastenrennen zahlreiche Scherben herumliegen. Die SPD-Fraktion erklärt, es sei logisch und werde auch so durchgeführt, dass das Ordnungsamt – an jahreszeitlich unterschiedlichen – Problempunkten verstärkt kontrolliert. BzStR Stäglin erklärt, wichtiger als dieser allgemein gehaltene Antrag sei es für seine Abteilung zu erfahren, wo solche Schwerpunkte sind.

Auf Bitten der CDU-Fraktion wird der Antrag vertagt.

zu 4 Bericht aus dem Bezirksamt

BzStR Stäglin berichtet über:

1. Tempo 30 von 22 – 6 Uhr in der Leonorenstraße
   Die VLB hat mit Schreiben vom 09.05.2005 den Fachbereich Tiefbau zu der geplanten Anordnung von Tempo 30 in der Leonorenstraße zum Schutz der Anwohner vor verkehrsbedingtem Lärm in den Nachtstunden angehört. Das Amt hat um Fristverlängerung bis Ende Juni gebeten, damit die Maßnahme im Bauausschuss vorgestellt werden kann. Das Amt hat keine Einwendungen gegen die geplante Maßnahme.

2. Tempo 30 von 22 – 6 Uhr im Munsterdamm
   Die VLB hat mit Schreiben vom 15.06.2005 den Fachbereich Tiefbau zu der geplanten Anordnung von Tempo 30 im Munsterdamm zwischen Steglitzer Damm und Haus-Nr. 51 bzw. 52 zum Schutz der Anwohner vor verkehrsbedingtem Lärm in den Nachtstunden angehört. Das Amt hat keine Einwendungen gegen die geplante Maßnahme.

   Zu den Punkten 1. und 2. entbrennt eine ausführliche Debatte. Die Fraktionen von SPD und Grüne sowie die fraktionslose Bezirksverordnete Wagner sprechen sich für die Umsetzung der Anordnung aus, da die betroffenen Anwohner geschützt werden sollten. Die Fraktionen von CDU und FDP haben Bedenken gegen die Tempo 30-Ausweisung, da sie einen Straßenzug betrifft, der – nach Aufgabe der direkten Linienführung der B 101 durch Lankwitz – Teile des Verkehrs von Brandenburg nach Berlin-Mitte aufzunehmen hat. Deshalb besteht noch Beratungsbedarf. Das Amt wird gebeten, bei VLB eine (weitere) Fristverlängerung zu erreichen.

   Alle Ausschussmitglieder sind sich einig, dass ein kompetenter Vertreter von VLB oder/und SenStadt eingeladen werden sollte, der die Entscheidungsfindung bei nächtlichen Geschwindigkeitsbeschränkungen zum Schutz der Anwohner vor verkehrsbedingtem Lärm erläutern kann. Außerdem soll er gefragt werden, ob dem ein zusammenhängendes Konzept zu Grund liegt, oder ob jeweils nur einzelne Straßen – per Zufall – untersucht werden.

   BzStR Stäglin sagt zu, dass sich der Fachbereich Tiefbau um eine Fristverlängerung und um die Einladung eines Vertreters zu dem Thema bei der VLB bemühen wird.

3. Tempo 30 Mo – Fr von 7 – 20 Uhr in der Löhleinstraße Höhe U-Bf. Thielplatz
   Die VLB hat mit Schreiben vom 13.06.2005 den Fachbereich Tiefbau zu der geplanten Anordnung von Tempo 30 in der Löhleinstraße zum Schutz der auf den Schienenersatzverkehr (SEV) umsteigenden Fußgänger – begrenzt auf die Dauer des SEV – angehört. Die Anhörungsfrist beträgt vier Wochen. Die Ausführung der Anordnung geht zu Lasten der BVG. Das Amt hat keine Einwendungen gegen die geplante Maßnahme.

   Die Mitglieder des Bauausschusses nehmen die Anordnung zur Kenntnis, bemängeln aber das zu späte Tätigwerden durch die VLB.

4. Veränderung der Geltungszeit der Busspur Schloßstraße
   BzStR Stäglin unterrichtet den Bauausschuss, dass das Amt keine Einwendungen gegen die Ausweitung der Geltungszeit der Busspur in der

Schloßstraße zwischen Grunewald- und Wrangelstraße von 19 auf 20 Uhr – zur Anpassung an die neuen Geltungszeiten für die Parkraumbewirtschaftung – erhoben hat.

Die Anordnung wurde bereits umgesetzt.

5. Fahrstreifenverschwenkung Hindenburgdamm / Klingsorstraße
Die VLB hat mit Schreiben vom 09.06.2005 den Fachbereich Tiefbau informiert, dass nach Prüfung die Fahrstreifenverschwenkung zum gegenwärtigen Zeitpunkt abgelehnt wird. Das Linksabbiegen der Busse der Linie 283 erfolgt in der Regel ohne Probleme. Das Markieren einer Fahrstreifenverschwenkung hätte zum Verlust von Parkplätzen auf einer Länge von mindestens 60 m geführt, die aber für Anwohner und Kunden dringend benötigt werden.

   Mit dieser Entscheidung kann nunmehr der Antrag auf Einrichtung zusätzlicher Kurzzeitparkplätze an dieser Stelle wieder neu geprüft werden. BzStR Stäglin kündigt an, dass die beiden zu Grunde liegenden BVV-Beschlüsse mit einer Vorlage erledigt werden.

6. Kiosk Kronprinzessinnenweg / Hüttenweg
Auf die Frage des Amtes vom 09.05.2005 an die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung – VII E – als zuständige Bundesfernstraßenverwaltung, ob auf ihren Flächen ein Imbisskiosk zugelassen werden kann, hat diese am 31.05.2005 geantwortet, dass sie nicht die Voraussetzungen schaffen könne, auf der von ihr verwalteten Böschungsfläche der BAB A 115 einen Kiosk zu genehmigen. Eine Ausnahme vom Bauverbot des FStrG wird aber in Aussicht gestellt.

   BVVorsteher Eichstädt ergänzt, dass er entsprechend dem Beschluss Nr. 911 der 37. BVV vom 16.06.2005 die Bezirksaufsicht zwecks Klärung eingeschaltet hat.

7. Errichtung einer Verkehrsunfallkommission (VUK) im Land Berlin
SenStadt hat BzStR Stäglin mit Schreiben vom 01.06.2005 informiert, dass die Errichtung einer Verkehrsunfallkommission bevorsteht. Die Geschäftstelle wird bei der VLB angesiedelt, alle beteiligten Stellen wirken mit. Ziel ist das Absenken von Unfällen insgesamt und das Beseitigen von erkannten Unfallschwerpunkten. Dazu wird der Senat auch Mittel im Landeshaushalt bereitstellen. Bei der Beratung über Unfallschwerpunkte werden die betroffenen Bezirke anwesend sein.

8. Mittelinsel Königin-Luise-Straße / Arnimallee
SenStadt hat am 17.06.2005 das Amt informiert, dass eine Finanzierung der o.g. Mittelinsel in diesem Jahr aus dem Fußgänger-Überwegeprogramm möglich ist. Der Fachbereich Tiefbau wird die Kosten berechnen und bei SenStadt anmelden.

9. Kein Erfordernis für Tempo 30 in der Thorwaldsenstraße
Die VLB hat auf Antrag der Anwohner geprüft, ob zum Schutz der Anwohner vor Lärm und Abgasen eine Geschwindigkeitsbeschränkung in der Thorwaldsenstraße erforderlich ist. Die Prüfung ging negativ aus. Deshalb wurde die zuständige Straßenbaubehörde (Fachbereich Tiefbau) gefragt, ob aus deren Sicht eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf Grund von § 45 (2) StVO, d.h. wegen des baulichen Zustandes der Straße, angeordnet werden sollte. Der Fachbereich Tiefbau hält z.Zt. noch keine Beschränkung auf 30 km/h für erforderlich – auch wegen der damit verbundenen Verlangsamung des Busverkehrs. Für 2006 ist die Thorwaldsenstraße für das Schlagloch-Sanierungsprogramm angemeldet worden.

10. Bussonderfahrstreifen (BSF) Schloßstraße
Auf Grund des BVV-Beschlusses, den das Amt an SenStadt und die VLB weitergeleitet hatte, hat am 16.06.2005 bei der VLB ein erstes Sondierungsgespräch stattgefunden, bei dem sich die Realisierung eines Bussonderfahrstreifens als problematisch herausgestellt hat:

- Die Fahrbahnbreite von 6,0 m erlaubt nicht die Einrichtung einer Busspur (mit

Radfahrern, Taxen und Lieferverkehr) und eines Kfz-Streifens mit ausreichender Breite.

- Der stehende Lieferverkehr wird die Busse behindern.
- Ohne eindeutige Vorteile für den Busverkehr finanziert die BVG die Maßnahme nicht.
- Die Höhe des Durchgangsverkehrs wird noch durch eine Verkehrszählung untersucht.
- Eventuell bleibt doch die vom Brenner+Münnich-Gutachten vorgeschlagene Lösung zu diskutieren: Ein überbreiter Fahrstreifen für den Kfz-Verkehr und eine Angebotsstreifen für Radfahrer?

Die Stellungnahme von SenStadt kommt, wenn die Verkehrsuntersuchung abgeschlossen ist.

11. Fahrrad-Angebotsstreifen für die Argentinische Allee
Im Zuge der Einrichtung der „Wannsee-Route“ sind viele positive Reaktionen bei SenStadt eingegangen, aber auch Klagen über den Zustand der Radwege in der Argentinischen Allee. SenStadt überlegt, ob auf den Richtungsfahrbahnen jeweils ein Fahrrad-Angebotsstreifen eingerichtet werden könnte. Die Verkehrsbelastung auf der Strecke müsste mit einem Fahrstreifen für den Kfz-Verkehr zu bewältigen sein, problematisch könnten die LSA-geregelten Kreuzungen werden. Bevor teuere Verkehrsgutachten beauftragt werden, möchte SenStadt wissen, ob sich der Bezirk eine solche Lösung vorstellen könnte. Das Amt will sich die vorhandenen Radwege auch noch einmal genauer ansehen.

BzStR Stäglin bittet die Mitglieder des Bauausschusses, sich die Situation vor Ort anzusehen und im nächsten Ausschuss ein Votum abzugeben.

12. Ersatzbau der Straßenbeleuchtung in der Fischerhüttenstraße
Nach Informationen des BA Mitte (zuständig für die öffentl. Beleuchtung) ist in diesem Herbst eine Ersatzbaumaßnahme der Straßenbeleuchtung in der Fischerhüttenstraße zwischen Potsdamer Straße und Argentinische Allee geplant. Danach ist vorgesehen, die bisher 4-flammigen Leuchtkörper gegen 6-flammige auszutauschen, um die Leuchtdichte zu erhöhen. Die Leuchten werden neu angestrichen, es bleibt bei Gas-Laternen.

13. Entscheidung im Architekten-Auswahlverfahren für die Sporthalle Mühlenau-GS
BzStR Stäglin informiert, dass das Büro agn Niederberghaus Potsdam für die o. g. Planungsaufgabe in einem Auswahlverfahren ausgewählt wurde.

14. Weitere Verhandlungen zum Zierbrunnen-Sponsoring-Vertrag
BzStR Stäglin informiert, dass sich das Bezirksamt dafür ausgesprochen hat, mit der Fa. Ströer in weitere Verhandlungen über die Instandsetzung und den Betrieb von zehn bezirklichen Zierbrunnenanlagen einzutreten. Nach Abschluss des Vertrags können kurzfristig sieben Brunnen in Betrieb gehen, bei drei Anlagen sind zunächst aufwändigere Instandsetzungen notwendig.

15. Untertunnelung der Schildhornstraße zur Verminderung der Verkehrsemissionen
SenStadt hat einem Anlieger der Schildhornstraße, der zur Entlastung des Wohngebietes die Untertunnelung der Schildhornstraße angeregt hatte, geantwortet, dass mit Blick auf die angespannte Haushaltslage des Landes Berlin ein solches Tunnelprojekt nicht finanzierbar ist.

16. Unterbringung auswärtiger Polizeibeamter
Vom 30.04. bis 02.05.2005 wurden im Ordnungsamt 70 Polizeimitarbeiter aus Bremen einschließlich Fuhrpark und in der Zeit vom 06. bis 09. Mai 2005 rund 50 Polizeiangehörige aus dem Bereich Frankfurt/Main einschließlich Fahrzeugen (Wasserwerfer) untergebracht. Die Mitarbeiter der Polizei wurden bei den Demonstrationen zum 01. und 08 Mai in Berlin eingesetzt. Die Polizei hat sich für die Bereitstellung der Räume bedankt.

17. Leasing von Fahrzeugen
    Das Ordnungsamt beabsichtigt, drei Fahrzeuge zu leasen, um besser und schneller auf Bürgeranrufe reagieren zu können. Ein erdgasbetriebenes Fahrzeug wird von Opel mit dem Opel Zafira angeboten. Angebote von Mercedes, VW, Toyota und Corolla liegen ebenfalls vor und werden ausgewertet.

18. Neue Dienstzeiten für den Allg. Ordnungdienst
    Der Allgemeine Ordnungsdienst wird ab dem 22.07.2005 in der Zeit von 07.00 bis 20.00 Uhr, am Sonnabend von 14.00 bis 22.00 Uhr und sonntags von 12.00 bis 20.00 Uhr im Einsatz sein. Schwerpunkte sind die öffentlichen Grünanlagen wie der Gemeindepark, die Krumme Lanke und der Schlachtensee.

19. Bußgeldbescheide für Wildplakatierung
    Die ersten Bußgeldbescheide bezüglich der Wildplakatierung wurden erlassen. Das betrifft auch die Verkaufsangebote für PKW. Das Bußgeld liegt bei rund 1000 Euro pro Fall.

20. Umstellung bei der Parkraumbewirtschaftung
    Die Umstellung bei der Parkraumbewirtschaftung verlief problemlos. Sie gilt nunmehr Montag bis Freitag von 09.00 bis 20.00 Uhr, samstags von 09.00 bis 18.00 Uhr. Die Arbeitszeiten der Mitarbeiter in der Parkraumbewirtschaftung wurden umgestellt. Zur Zeit werden monatlich rund 16.000 Anzeigen erstattet. Die Einnahmen einschließlich Verkehrsüberwachung betragen pro Monat 170.000 bis 174.000 Euro.

21. Das Ordnungsamt ist nunmehr ein LUV
    Das Bezirksamt hat in seiner Sitzung am 14.06.2005 beschlossen, das Ordnungsamt als LUV einzurichten und mit den erforderlichen Personal- und Sachmitteln auszustatten.

zu 5 Verschiedenes

1. BzStR Stäglin bestätigt den Bericht der Fraktion GRÜNE, dass der Königsweg mit einem groben Kiesbelag versehen ist, der das Fahrradfahren fast unmöglich macht, und erklärt mit einem Hinweis auf eine frühere BA-Vorlage zur Kenntnisnahme, die Berliner Forsten hätten mitgeteilt, dass sie an dem jetzigen Zustand nichts ändern werden.

2. Bezug nehmend auf einen Hinweis aus der Bevölkerung erkundigt sich die CDU-Fraktion, ob bzw. warum in der Roonstraße das Gehwegparken aufgehoben sei.

3. Die CDU-Fraktion berichtet, dass das Toilettenhäuschen auf dem Ludwig-Beck-Platz beschmiert sei. BzStR Stäglin erklärt, über die dortige Situation würden Gespräche mit Fa. Wall geführt, die für eine Übernahme allerdings eine weitere Werbeanlage verlange.

4. Die FDP-Fraktion teilt mit, dass an der Kreuzung Wolfensteindamm/Schloßstraße/Autobahnauffahrt desöfteren ein Verkehrschaos herrsche, da dort die Ampeln ausfielen.

Berlin Steglitz-Zehlendorf, den

Eichstädt	Kühnast
Ausschussvorsitzender	Schriftführer